

Mechthild Jansen

Friedenspolitik von Frauen- nur eine Illusion? Über den Zusammenhang von Krieg und Patriarchat

Manuskript des Vortrags, den Mechtild Jansen am 6. März 1995 an der FernUniversität gehalten hat. Die Verantwortung für den Inhalt liegt allein bei der Autorin.

Zur Autorin:

Mechthild Jansen, Köln, Sozialwissenschaftlerin und freie Publizistin.

Schwerpunkte: Feminismus, Frauenpolitik, Gleichstellungspolitik, Arbeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Sicherheits- und Friedenspolitik, Militarismus und Patriarchat, Rechtsextremismus, soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Parteien.

Ehemalige Sprecherin des Koordinierungsausschusses der (allgemeinen) Friedensbewegung, langjährige Sprecherin der „Initiative `Frauen in der Bundeswehr - wir sagen nein`“, langjährig tätig in der Frauen- und Frauenfriedensbewegung. Heute Mitglied im „Netzwerk Friedensforscherinnen“.

Inhaltsübersicht

1. Vorbemerkung - Wo sind die Frauen mit einer feministischen Friedenspolitik geblieben?
2. Die Remilitarisierung der Politik nach dem Ende des Kalten Krieges
3. Über den Zusammenhang zwischen Krieg und Patriarchat
4. Friedensbegriff aus feministischer Perspektive
5. Politische Einmischung von Frauen

Literaturverzeichnis

1. Vorbemerkungen: Wo sind die Frauen mit einer feministischen Friedenspolitik geblieben?

50 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges haben wir in Europa wieder Krieg, auf dem Balkan und in Tschetschenien. In den Ländern der ehemaligen Sowjetunion droht vielerorts eine militärische Eskalation von Konflikten. Ganz zu schweigen von den tatsächlichen und möglichen Kriegen außerhalb Europas, in der ganzen Welt. Der Verursacher des 2. Weltkrieges, Deutschland, unser Land, ist wieder größte Macht in Europa und die politische Führung bereitet sich mit "schnellen Einsatztruppen" auf die "Fähigkeit zur Kriegsführung" "in aller Welt" vor (Bundesministerium für Verteidigung, 1992).

Diese politische Entwicklung ist mit einer weitgehenden Verbannung der Diskussion über die Sicherheits- und Friedenspolitik in - vor allem männliche - Fachkreise und einer Verdrängung der kritischen Öffentlichkeit verbunden. Zur kritischen Öffentlichkeit gehörten in den 80er Jahren auch viele Frauen und eine eigene Frauenfriedensbewegung. Frauenfriedensbewegungen haben schon eine lange Geschichte. Bertha von Suttner ist allgemein als eine ihrer Protagonistinnen um die Jahrhundertwende und im Kontext des 1. Weltkrieges bekannt. Nach dem 2. Weltkrieg, 1945, begann erneut ein breiteres Friedensengagement von Frauen. Sich für eine Friedenspolitik zu engagieren, gehörte zu einem der stärksten Motive von Frauen, sich überhaupt in die Politik einzumischen. Mit der neuen Frauen- und Friedensbewegung in den 70er und 80er Jahren erlebte dieses Engagement einen quantitativen und qualitativen Schub. Frauen politisierten das Problem von Krieg und Frieden auf neue und erweiterte Weise.

Mittlerweile aber sind die kritischen Impulse aus einer Frauenfriedensbewegung oder gar explizit feministischen Perspektive wieder verschwunden. Frauen spielen gegenwärtig keine eigenständige Rolle, sie bringen keine Innovation zur Problemlösung. Sofern es überhaupt öffentliche Debatten gegeben hat - wie z.B. die über "Pazifismus und Bellizismus" oder die jüngere Kulturdebatte um Ernst Jünger -, fanden sie sogar ohne Frauen statt. Die einzige Ausnahme bildete die Debatte über die notwendige Fortschreibung der Menschenrechte z.B. auf körperliche Unversehrtheit im Kontext der Massenvergewaltigungen auf dem Balkan. Von dieser Ausnahme abgesehen, sind Frauen stattdessen in drei Rollen zu beobachten: Sie sind erstens ganz altertümlich sprachlos und schweigen angesichts neuer kriegerischer Konflikte. Sie treten zweitens in der traditionellen Rolle als besorgte Mütter (z.B. in Rußland), als Helferinnen und Reparatuerinnen (z.B. angesichts der Massenverwaltigungen) auf. Sie sind drittens schließlich mehr oder weniger unterschiedslos im Mainstream der Fachdebatten oder etablierten Politik aufgegangen, d.h. den Männerrollen angepaßt.

Das alles ist bereits selbst schon Ausdruck einer Remilitarisierung der Politik, zu der noch stets funktional bestimmte Geschlechterrollen gehörten. Auch Schwarz-Weiß-Bilder, Entweder-Oder-Dualismen und neue Fundamentalismen gehören dazu. Sie ersticken die Debatte und drängen eine Menschenrechtspolitik und zivile Konfliktlösung, die als widersprüchliche Prozesse von Demokratisierung langwierig und schwierig sind, als zu "schwach" und "aufwendig" an den Rand. In diesen Tatsachen liegt aber auch ein Versagen sozialer Bewegungen, der Frauenbewegung, der Friedensbewegung, der demokratischen Parteien und der kritischen Öffentlichkeit in einer Situation begründet, als sie neu gefordert waren. Die Schwäche u.a. der Frauenfriedensbewegung hat ihre

Ursache in ihrer Entstehungsgeschichte als "Zwei-Punkt-Bewegung" gegen die militärische Verplanung von Frauen und den Atomkrieg. Apokalyptische Emphase, der Ruf nach sofortiger Tat und die Dominanz des (schon stets fragwürdigen) Verständnisses von Frauen als "dem Anderen (Friedfertigen)" waren kennzeichnend. Zwar differenzierte sich die Bewegung und entwickelte sich von einer bloßen Gegenbewegung zu einer Bewegung mit vielfältigen eigenen Alternativvorstellungen (Jansen, 1992). Doch dieser Prozeß wurde abgebrochen mit dem Ende des Kalten Krieges. Gleichzeitig zeigten sich zu diesem Zeitpunkt die Grenzen einer Friedensbewegung, die bei aller Kritik am Ost-West-Konflikt sich doch auch an dessen Rahmen abgearbeitet hatte und deren eigene positive Orientierungen unentwickelt geblieben waren. Das u.a. erklärt ihre Ratlosigkeit nach dem Ende des Kalten Krieges.

2. Die Remilitarisierung der Politik nach dem Ende des Kalten Krieges

Mit dem Ende des Kalten Krieges hat ein politischer Paradigmenwechsel in Deutschland stattgefunden. Am sinnbildlichsten kommt dieser in folgender Veränderung zum Ausdruck: Vor 1989 diente "Kriegsvorbereitung" den offiziellen Verlautbarungen nach zur "Vermeidung", wenn nicht gar zur "Verhinderung" des Krieges. Krieg galt als vermeidbar. Die "Institution des Krieges" sollte sogar abgeschafft werden, so formulierte es damals nicht nur der ehemalige Bundespräsident von Weizsäcker. Mittlerweile findet "Kriegsvorbereitung" statt, um im Zweifelsfall Krieg zu führen. Krieg gilt heutzutage wieder als unvermeidbar.

Statt der erhofften friedlichen Perspektiven der Lösung der globalen Probleme, der Herstellung von Wohlstand, sozialer Gerechtigkeit und gleicher Sicherheit für alle Völker ist genau das Gegenteil eingetreten: eine Unzahl neuer Konflikte. Sie haben zu einer Relegitimation von Gewalt, Nationalismus, Sozialdarwinismus, Sozialabbau bzw. einer puren Ökonomisierung sozialer und ökologischer Probleme, konservativen Werten und autoritären Ordnungsmustern sowie erneut einer nachgeordneten, instrumentellen Rolle von Frauenpolitik geführt. Sie sind gegen den Wertewandel durch die "neuen sozialen Bewegungen", gegen Selbstbestimmung, Demokratie und Emanzipation gerichtet (Jansen, 1993).

Eigentlich hätte es nicht überraschen dürfen: Nach dem Ende des Kalten Krieges brachen unter der Decke gehaltene Konflikte auf, oder neue entstanden aufgrund des Strebens der Völker nach Selbstbestimmung und Teilhabe am Wohlstand. Während die etablierte Sicherheitspolitik und die Sicherheitssysteme aus der Zeit des Kalten Krieges obsolet wurden und obendrein für die neuen Probleme versagten, wurde an ihnen nicht nur festgehalten, sondern sie wurden sogar neu aufgebaut und ausgerüstet. Obwohl die BRD nicht mehr Frontstaat ist, hat sie einen der größten Militärapparate der Welt. Obwohl unsere Verfassung uns zum Frieden verpflichtet, sind die Pro-Kopf-Ausgaben pro Soldat höher denn je. Obwohl Volker Rühle angeblich die erworbene "Kultur der Zurückhaltung" pflegen will, ist Deutschland der zweitgrößte Waffenexporteur der Welt. Obwohl eine defensive Umstrukturierung der Bundeswehr möglich und nötig wäre, bereitet diese sich auf offensive Einsätze vor. Obwohl allenthalben die öffentliche Armut beklagt wird, setzte Deutschland aus Großmannssucht in Somalia 100 Millionen DM in den Sand. Obwohl die Militärpakete überholt sind, werden sie ausgebaut, während die UNO und KSZE ein jämmerliches Dasein fristen usw. usf.!

Die Politik gleichzeitig war unfähig, ihre originäre Integrationsaufgabe zu lösen. Sie war hilflos, schottete sich ab, versagte oder trug sogar zur Gewalteskalation bei, sei es im Golf, in Somalia, auf dem Balkan, in der ehemaligen Sowjetunion o.a.. So hat die Politik selbst noch die Fakten geschaffen, die den Ruf nach Militär befördern. Für diesen Vorgang ist kennzeichnend, daß die Komplexität von Problemen immer reduziert wird, daß den Mühen der Kommunikation, der Demokratie, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit durch Reideologisierung, Schwarz-Weiß-Denken, "Abschreckung", "Draufschlagen" und Gewalt ausgewichen wird. Dabei entfällt stets eine echte und nachhaltige Konfliktlösung. Diese Relegitimation von Gewalt vollzieht sich zuallererst über den Kopf, dort beginnt die Veränderung, schleichend und auf höchst komplexe Weise. Der Vorgang ist so exemplarisch, daß er kurz skizziert werden soll.

Der Friedensbewegung war es gelungen, in der Kritik an der Abrüstung ein anderes Verständnis von Sicherheit geltend zu machen. Sicherheit sollte nicht durch die abschreckende Wirkung tödlicher Waffen hergestellt werden, sondern durch soziale, ökologische und demokratische Lebensbedingungen, die politisch zu gestalten sind und die zugleich politische Friedenssicherung und zivile Konfliktlösung erlauben sollten. Wenn Sicherheit damit politisiert und politisch erweitert worden ist, so wird sie heute auf neue und erweiterte Weise militarisiert oder re-militarisiert. Politik wird wieder durch Militär ersetzt, und das auf immer mehr Feldern, entsprechend einem "weiten" - globalen, sozialen, kulturellen, ökologischen und politischen - Sicherheitsbegriff, der von Militärs und Militärpolitikern "übernommen" und umgemünzt wird. Dieser weite Sicherheitsbegriff machte aber nur Sinn, wo er auf die Politik als Mittel der Konfliktlösung abhob. Wenn er zur Begründung des Militärs und seines Einsatzes gebraucht wird, wie dies in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ geschieht, dann wird keine Unterscheidung mehr zwischen kriegerischer Gewalt und anderen Formen von Gewalt oder Widerständen vorgenommen. Dann wird alle Komplexität von Beziehungen unterschlagen, nicht zwischen Ursache und Wirkung, Tätern und Opfern unterschieden und das Bedingungsgefüge eines Geschehens nicht mehr betrachtet. Dann wird unter der Hand der militärische Gefahren-, Aggressions- und Kriegsbegriff gleichgesetzt mit alltäglich stattfindenden ökonomischen, sozialen und kulturellen Kämpfen und Interessenskonflikten. Umgekehrt wird das eigene Interesse per se gegen das von anderen gestellt. Statt gemeinsame politische Lösungen zu suchen, kann nur noch mit Repression und Gewalt "so oder so" entschieden werden. So verkürzt sich das eigene Interesse auch ganz schnell auf einen bloßen Machterhalt. Und ein bloßer Machterhalt verlangt in einer Krise stets nach einem ständigen Mehr seiner selbst, also immer mehr Einsatz von Machtmitteln, Herrschaft und Gewalt.

In der Logik dieser Militarisierung liegt es, daß die neue Sicherheitspolitik - sichtbar in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ des Ministeriums für Verteidigung, den Plänen zu den "Out of area"-Einsätzen der Bundeswehr oder zur Änderung des Grundgesetzes - von der Verteidigung vor gewalttätigen Angriffen auf das Leben von Land und Leuten übergeht zu einer vorbeugenden imperialistischen Interessenspolitik. Sie ist im Namen angeblicher Hilfe für andere, der Humanität, der Marktwirtschaft, der parlamentarischen Demokratie, der Sicherung von Rohstoffen und des freien Welthandels bereit, in allen Teilen der Welt militärisch zu intervenieren. Im Unterschied zur bundesdeutschen Politik vor 1989, als der Krieg eine eigentliche Nicht-Option war, soll er heute wieder ein realistisches Mittel der Politik sein. Damit wird eine moderne

Variante der Theorie vom "gerechten Krieg" vorgelegt. Die Begriffe, in denen das transportiert und gleichzeitig verschleiert wird, sind vielfältig. Sie sind so etwas wie eine Variante von Sekundärtugenden. Sie lauten "Souveränität", "Normalisierung", "Verantwortung", "gewachsene Verantwortung", "Realpolitik", "Glaubwürdigkeit", "Politikfähigkeit", "keine Sonderrolle", "etwas tun müssen" u.ä.m.. Wer hätte gegen sie viel zu sagen? Dennoch wird mit diesen Begriffen eine gigantische Vernebelung der Köpfe betrieben, ein wahrer Glaubenskrieg geführt zum Zwecke der Tabuisierung des eigentlichen Geschehens. Es wird nämlich nicht gefragt, worin die Souveränität eines modernen Staates besteht, was unter welchen Bedingungen "normal" oder "anormal" ist, wofür Verantwortung geübt werden soll, worin sie besteht, was zu tun oder unterlassen ist für ein bestimmtes Ziel, für wen was real ist usw. usf.. Diese Worthülsen werden implizit unter der Hand alle gleichgesetzt mit der Kriegsfähigkeit unseres Staates und der in ihm Herrschenden. Die eigenen Interessen sollen im Zweifelsfalle mit Gewaltandrohung und Gewalt durchgesetzt werden. Noch handelt es sich nicht um eine offene Militarisierung. Zunächst wird ein Drohpotential aufgebaut, das an sich aber schon kräftig wirkt. Zuvorderst wird die Schlacht heute auf dem ökonomischen Feld geschlagen. Doch wer garantiert, daß das geschaffene militärische Potential nicht irgendwann, wenn es opportun scheint, eingesetzt wird?

Der Vorgang macht deutlich, daß in dem Moment, in dem Demokratie, zivile Konfliktlösung, Rechtsstaat und freiheitliche Verfassung nicht als fortschreitender Prozeß verstanden werden und in dem Menschenrechte und Zivilität nicht für alle gelten, auch alle vorhandene Zivilität demontiert zu werden droht. Denn die Verteidigung einer nur partiellen Gültigkeit einer halbwegs humanen Lebensweise, wie wir sie in Europa derzeit kennen, verlangt eine Kontrolle und Ausgrenzung, die sich nur steigern kann und damit alles zu Verteidigende nach und nach unter sich begräbt. Die Friedensbewegung hatte eine Alternative hierzu: die Idee, den theoretischen Entwurf eines positiven Friedens als einem Prozeß der Verwirklichung der individuellen und sozialen Menschenrechte für alle, der Demokratisierung und Zivilisierung einer Weltgesellschaft, die die nationalen Grenzen überwindet (Jansen, 1991).

3. Über den Zusammenhang zwischen Krieg und Patriarchat

Ich habe schon auf das Phänomen des Paradigmenwechsels hingewiesen, von den "weichen" Themen hin zu den "harten", der Frauenpolitik hin zur inneren und äußeren Sicherheitspolitik. Worin besteht nun der systematische und grundsätzliche Zusammenhang zwischen Krieg bzw. Militarismus und Patriarchat und noch weitergehender sozialen Spaltungen überhaupt? ¹

- Alle Diskriminierung und Gewalt, die Frauen schon in der Gesellschaft erleben, erfahren sie im Militär noch einmal mehr und tiefer. Frauen sind zudem früher und stärker Opfer militärischer Gewalt. Das jüngste Beispiel sind die

¹ Ich stütze mich bei den folgenden Ausführungen in Abschnitt 3. und 4. neben meinen eigenen Ausarbeitungen zum Thema auf die umfangreiche und zum Teil langjährige Arbeit u.a. der Wissenschaftlerinnen Prof. Astrid Albrecht-Heide, Dr. Ruth Seifert, Dr. Ulrike Wasmuht, Dr. Tordis Batscheider, Utemaria Bujewski-Crawford.

Massenvergewaltigungen, Todesangst und die ganze Last der Alltagsbewältigung im Balkankrieg.

- Im Militär werden Frauen und alles "Weibliche" offen und gänzlich aus der Macht ausgeschlossen. Das Militär ist ein reiner Männerbund, er steht höher als die Familie und sogar als der Staat. Alles, was als "weiblich" gilt, wird nach unten und außen abgespalten. So geschieht es mit Bedürfnissen des Körpers, Emotionalität, Schwachsein, Verwundbarkeit oder Sterblichkeit. Die schlimmste Erniedrigung für einen Soldaten ist es, als "weibisch" bezeichnet zu werden. Als die jungen Männer der Bundesrepublik im Zusammenhang mit dem Golf-Krieg wenig soldatische Neigungen zeigten, hieß es, die Deutschen seien "verweichlicht". Vom Soldat wird Unterordnung unter funktionale, technologische und militärische Herrschaft verlangt. Der einzelne wird zugunsten eines starken, großen Ganzen ("Nation") entindividualisiert. Im Militär herrscht eine strenge Hierarchie von Befehl und Gehorsam unter dem Oberkommando des stärksten Mannes. Beherrschtwerden und Sich-Beherrschen verlangt die Ausschaltung des eigenen Selbst (Albrecht-Heide/ Bujewski-Crawford, 1992).
- Das Militär ist nicht nur ein Männerbund. Der Militärmythos selbst ist unmittelbar abhängig vom Weiblichkeitsmythos. "Stärke" wird definiert durch Macht und Gewalt über andere. Diese Stärke verkörpert der Mann, sie vermittelt "das Männliche". "Das Männliche" wiederum definiert sich durch den Ausschluß des Weiblichen und die Kontrolle über es. Die Bilder vom männlichen Kriegerischen und von weiblicher Friedfertigkeit korrelieren miteinander. Sie sind Ausdruck einer spezifischen Gestaltung der Verhältnisse zwischen den Geschlechtern. Der Krieg hat eine phallische (starke) Symbolik und Ästhetik, der Frieden gilt als schwach und herrschaftsunfähig. "Das Weibliche" umgekehrt wird konstruiert über den Ausschluß der Frau von all den Mitteln und Möglichkeiten, die zur "Männlichkeit" gehören. Die angeblich passive Friedfertigkeit der Frau ist in Wahrheit eine Verhaltenszumahmung. Ein "Beschützer" soll verhindern, daß Frauen selbstbestimmt Handelnde und auch Kämpfende sind. Die Kontrolle über die Bilder von Weiblichkeit ist deshalb lebensnotwendig, um militärische Ordnungen aufrechterhalten zu können.

Der Geschlechterdualismus und die patriarchale Gewalt sind so nicht nur funktional, sondern konstitutiv für die organisierte Friedlosigkeit und den Krieg. Es ist die Ideologie dieses Geschlechterdualismus, daß Frieden etwas spezifisch Weibliches und Krieg etwas spezifisch Männliches (quasi als Natureigenschaft) sei. Das entspricht jedoch nicht den Realitäten. Gewaltfördernd und gewaltträchtig ist vielmehr diese Konstruktion dichotomer Geschlechterrollen. Die Funktionalisierung bestimmter "typisch männlicher" Eigenschaften für militärische Politik ist nur möglich, wenn es die dazugehörigen komplementären "typisch weiblichen" Eigenschaften gibt. Das Muster von Abschreckungspolitik findet seine Entsprechung auf der Ebene der Geschlechterverhältnisse. Abschreckung und Drohpolitik helfen zwar nicht, Krieg zu verhindern oder Probleme zu lösen. Letztlich sind sie diesbezüglich ohnmächtig. Auch der militarisierte Mann ist in Wahrheit nur ein gehorsames Rädchen im Getriebe, das Frau und Kinder gar nicht wirklich "schützen" kann. Dennoch macht die Sache einen Sinn: Kriegerische Männlichkeitsbeweise legitimieren die patriarchale Stellung im zivilen Leben, und die wiederum legitimiert die Unterordnung des Mannes unter das militärische Gewaltkollektiv. Die Auseinandersetzung mit den und die Überwindung der

dichotomen Geschlechterrollen ist deshalb eine Voraussetzung für Frieden (Seifert, 1993; Batscheider, 1993).

Bei der Analyse von Gewalt in der Gesellschaft müssen deshalb Mikro- und Makroebene immer zusammengesehen und die Wechselwirkung der Gewalt auf privater und öffentlicher Ebene thematisiert werden. Nur vor diesem Hintergrund sind auch politische Auswege denkbar. Auch eine Vorstellung von einem "positiven Frieden" muß diese Zusammenhänge berücksichtigen.

Bevor ich darauf zurückkomme, möchte ich die Zusammenhänge zwischen Krieg, Patriarchat und Ungleichheit auf einer noch größeren Ebene aufzeigen. Krieg ist der größte und schärfste Ausdruck aller Ungleichheits- und Gewaltverhältnisse. Es gibt immer einen Zusammenhang zwischen Militär und außer- wie innergesellschaftlichen Gewaltverhältnissen. Dabei bildet die Frauenunterdrückung oder -diskriminierung eine Zentralachse. In einer Struktur von Gewalt werden Interessenskonflikte nicht mit demokratischen Mitteln, sondern mit den Machtmitteln der Stärkeren ausgetragen, seien es ökonomische, politische, kulturelle, psychologische, personal- oder staatlich-gewalttätige oder militärische Mittel. "Stärke" wird immer als Macht über andere in einer Hierarchie nach unten verstanden. Es handelt sich um ein Gefüge innergesellschaftlicher und zwischenstaatlicher Beziehungen, die nicht gleichberechtigt, sondern ungleich sind, aufgeteilt in Über- und Untergeordnete, Herrschende und Dienende. Diese Beziehungen haben Gemeinsamkeiten, die eine organisierte Friedlosigkeit unserer Gesellschaft ausmachen (Wasmuth, 1993). Sie sind hierarchisch-repressiv, bestehend aus Führen und Folgen. Sie sind ungleich und lassen keinen Raum für Verhandlung und Kooperation. Sie sind dualistisch, kennen nur Entweder-Oder, Schwarz oder Weiß, Sieg oder Niederlage, monokausale Folgen statt multikausaler Zusammenhänge. Sie folgen einem selbstgeschaffenen Handlungsdruck bis hin zur Unvermeidbarkeit des Krieges, der im Ruf "Krieg dem Kriege" seinen Ausdruck findet. Sie sind im Namen der "Effektivität" und "Rationalität" grob, undifferenziert und zerstörerisch. Diese Muster folgen nicht nur einer Logik der Gewalt, sie beschleunigen und verschärfen stets, was sie zu lösen vorgeben.

4. Friedensbegriff aus feministischer Perspektive

Ein Friedensbegriff aus feministischer Perspektive² überschreitet und erweitert jenen aus der traditionellen Friedensforschung und -politik. Wenn Frieden mehr als die Abwesenheit von Krieg, nämlich die Abwesenheit aller Gewalt ist (Johann Galtung), dann muß das hinsichtlich aller Dimensionen von Gewalt gelten - im öffentlichen wie im privaten Bereich. Frieden bedeutet dann konkreter die Abwesenheit von direkter, struktureller und kultureller Gewalt nicht nur in der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik, sondern auch im privaten Bereich, der im Patriarchat schwerpunktmäßig Frauen zugewiesen wird. So ist es nun auch in den bundesdeutschen

² Verwiesen sei insbesondere auf die Arbeit von Tordis Batscheider, die die theoretische Erklärung eines feministischen Friedensbegriffs fortentwickelt hat.

Vorbereitungsdokumenten zur Weltfrauenkonferenz in China festgelegt worden³. Bezogen auf die Frauen bedeutet dies

- die Abwesenheit von **personaler** Gewalt auf privater und auf öffentlicher Ebene (wie der individuellen geschlechtsspezifischen Gewalt -z.B. Schläge, Vergewaltigung, Ertränken weiblicher Neugeborener- und der kollektiven Gewalt wie z.B. bei Kriegen);
- die Abwesenheit **struktureller** Gewalt auf privater und auf öffentlicher Ebene (wie bei der individuellen Aneignung von Frauen(haus)arbeit durch den Mann oder der ökonomischen Abhängigkeit der Frau vom Mann und der kollektiven Aneignung von Frauenarbeit in Gestalt ungleicher Löhne oder der Frauen als Verfügungsmasse auf dem Arbeitsmarkt oder ihrem Ausschluß aus der Macht durch ihre Zuweisung primär zum Privatbereich);
- die Abwesenheit **kultureller** Gewalt auf privater und auf öffentlicher Ebene (wie z.B. der individuellen Verweigerung von Bildung, persönlicher Zeit und der kollektiven Unterdrückung eines selbstbestimmten Lebens von Frauen, dem Unsichtbarmachen ihrer Leistungen und Geschichte etc.).

Frieden ist nach diesem Verständnis ein kontinuierlicher und umfassender Prozeß, der individuelle und kollektive Anstrengungen erfordert - in intellektueller, emotionaler, organisatorischer, soziokultureller, ökonomischer und politischer Hinsicht. Dieses Verständnis von Frieden impliziert die Ablehnung militärischer und gewalttätiger Konfliktbearbeitung und mindestens die Ablehnung des Ausbaus militärischer Gewaltkollektive als ersten Schritt.

Die Abwesenheit von Gewalt bedeutet, positiv gedacht und gestaltet, die Verwirklichung des Rechts des Individuums auf Entfaltung im Sinne der Befriedigung von Grundbedürfnissen. Der Maßstab sind die individuellen, politischen, sozialen und ökologischen Menschenrechte für alle. Die Abwesenheit von Gewalt bedeutet ferner die Verpflichtung auf friedliche Konfliktlösung, das heißt auf Zivilität und Demokratie. Sie können nicht geteilt werden und müssen deshalb permanent fortentwickelt werden.

Menschenrechte, Demokratie und Zivilität als Alternative zum Krieg sind als ein Prozeß der Bewältigung der eigenen gewalttätigen Vergangenheit und Gegenwart der westlichen Welt oder "Zivilisation" zu verstehen. Demokratie und Zivilität sind nicht automatisch und per se die "saubere" Alternative zum "schmutzigen" Krieg. Demokratie und Zivilität sind selbst erst als Alternative aus der Barbarei erwachsen. Wir brauchen uns nur der Entstehung der Menschenrechte, der UNO oder der parlamentarischen Demokratie und des Sozialstaats in der BRD nach Faschismus und Krieg zu erinnern. Demokratie und Zivilität stammen, das wissen wir, aus der Geschichte des Nationalstaates, dessen Grenzen in der heutigen Weltgesellschaft kontraproduktiv geworden sind. Der Nationalstaat ist durch künstliche Grenzen gekennzeichnet und deshalb in seiner Begründung immer ideologiebedürftig. Ideologische Rechtfertigungen ziehen immer

³ Vergleiche den Bericht „Friedenspolitik in Deutschland“ der Arbeitsgruppe 11 „Frauen und Frieden“ in Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz 1995 vom 27.08.1994. Die Arbeitsgruppen werden vom Bundesministerium für Jugend, Frauen und Senioren einberufen.

neue nach sich und gehen mit Ausgrenzungen einher. Sie sind daher auch potentiell gewaltträchtig. Die sich auf Demokratie und Zivilität berufen, waren bislang eben nicht unzweideutig gewaltfrei, sie haben nicht für alle Menschenrechte garantiert und sie nicht in allen wichtigen Lebensbereichen gelten lassen. Sie bezogen sich auf das bürgerliche Subjekt und das war bürgerlich, weiß und männlich. Es erhob sich über die Natur, Frauen, Proletarier, Nicht-Weiße, Wilde, Kinder, andere Kontinente, Leben und Tod, über Privates. Nur wenn diese geteilte Geschichte nicht verdrängt wird, können die fortbestehenden Gefahren der Ausgrenzung und Gewalt gegen Fremde, Abweichende, Ungleiche erkannt und abgebaut werden.

Wenn wir uns auf Demokratie und Zivilität beziehen, müssen wir diese Zusammenhänge selbstkritisch reflektieren und diese Ziele für alle gültig werden lassen. Gewaltstrukturen müssen weiter als bislang der Konversion zugeführt werden: Partizipatorische, fehlerfreundliche, weiche, kooperative, flexible Strukturen müssen den Total- und Groß- und Schnellösungen, den zentralistischen Ordnungen und Hierarchien weichen. Gleiches Recht muß für Verschiedene gelten.

5. Politische Einmischung von Frauen

Wenn Frauen sich nicht neu einmischen, so lautet eine Lehre aus dem "8. Mai", machen sie sich mitschuldig für eine falsche politische Entwicklungsrichtung. Ausgehend von den Erfahrungen der Massenvergewaltigung im ehemaligen Jugoslawien oder in Ruanda haben Frauen die Möglichkeit, Zusammenhänge zwischen Patriarchat und Militarismus erneut aufzuzeigen und zu politisieren. Kriegerische Massenvergewaltigungen sind der zugespitzteste Teil systematischer Erniedrigung, Unterwerfung und Schädigung der Frauen und mit ihnen der "Anderen" (Völker, Kulturen, Hautfarben etc.). Sie reichen in der "kleinen" und "leisen" Form bis hin zur Vergewaltigung in der Ehe (Krell/Wölte, 1995).

Die erste Aufgabe läge darin, aus der Sicht der Frauen in der Tiefenperspektive wie im Gesamtzusammenhang erneut einen politischen Paradigmenwechsel durchzusetzen. Statt "Krieg dem Kriege" lautete der Lösungsvorschlag "Bedürfnisbefriedigung, Ausgleich, Deeskalation, Demokratie und friedliche Konfliktlösung dem Kriege". In der Zukunft sollte für Deutschland "normal" sein, von selbstzerstörerischer militärischer Konfliktlösung abzulassen und in Europa nicht-militärische Politik durchsetzen zu helfen sowie Armut und Unterdrückung abzubauen. Nur eine solche Politik ist zu verantworten. Statt alles Geld der Welt zu monopolisieren und uns vom Elend abzuschotten, müssen wir aus eigenem Interesse den Reichtum umverteilen, wenn uns die Gewalt nicht einholen soll. Deutschland muß dann ein offenes Haus sein für politische und auch für Armutsflüchtlinge, mit einem neuen Staatsbürgerrecht und einem liberalen Einwanderungsgesetz.

Für eine Friedenspolitik ist eine emanzipatorische Frauen- und eine demokratische Geschlechterpolitik nicht nebensächlich, sondern zentraler Bestandteil (Jansen, 1995). Frauen kennen die Unterseite der Moderne; kommen sie ans "Licht", können sie wesentlich beitragen zur Lösung der modernen Probleme. Es handelt sich um weit mehr als "nur" die "Frauenfrage", nämlich ebenso um die Probleme der Männer und der Gesellschaft. Die Überwindung patriarchaler Strukturen hilft zugleich einer

ökologischen, demokratischen und sozialen Gerechtigkeitspolitik insgesamt auf die Beine. Es reicht, wenn die Bundeswehr zur Selbstverteidigung in der Lage ist. Darauf und auf die Schaffung defensiver Strukturen zu eben diesem Zweck sollte ihre Aufgabe festgelegt werden. Im Grundgesetz sollte Deutschland sich selbst auf eine gewaltfreie Konfliktlösungspolitik verpflichten. Es könnte sich dann für eine weitere Demobilisierung der Bundeswehr und der Militärbündnisse entscheiden. Alle freiwerdenden Kräfte wären in die Stärkung und Demokratisierung der UNO und der KSZE, der internationalen Menschenrechte und des Völkerrechts zu investieren. Frauen müssen zu 50% an ihnen beteiligt sein, und unter solchen Voraussetzungen können und müssen sie selbstverständlich auch an allen ihren Aufgaben einschließlich denen der UNO-Schutztruppen beteiligt werden. Die Mittel für Konfliktfrüherkennung und -prävention müssen drastisch erhöht werden. Der politische Wille und das Geld entscheiden über eine gewaltfreie Lösung kriegerischer Konflikte z.B. durch Embargo, Rüstungsexportstopp, Öffentlichkeit für Friedensbemühungen, Diplomatie, Unterstützung für Deserteure und Friedensbewegungen, positive Sanktionen für Wiederaufbaumaßnahmen u.a.m.. Mit dem Aufbau ziviler Friedensdienste muß begonnen werden.

Wenn alle diese Möglichkeiten ausgeschöpft werden, dann macht auch eine multinationale Notpolizei zur Durchsetzung internationalen Rechts einen Sinn. Deutschland und uns allen tut eine Politik der Selbstbeschränkung, Entmilitarisierung und der Neubeginn einer globalen Entspannungspolitik not. Die Alternative zu Macht und Herrschaft lautet immer Demokratisierung und Verwirklichung der Menschen- und Minderheitenrechte. In der konkreten Praxis sind Aufklärung, Protest und Gegenwehr so wichtig wie öffentlicher Meinungsstreit, Zivilcourage im Alltag und die Arbeit an konkreten alternativen Projekten.

Literaturverzeichnis

ALBRECHT-HEIDE, Astrid / BUJEWSKI-CRAWFORD, Utemaria: Frauen - Krieg - Militär. Images und Phantasien, Tübingen 1992.

BUNDESMINISTERIUM FÜR VERTEIDIGUNG: Verteidigungspolitische Richtlinien vom 26.11.1992.

BATSCHIEDER, Tordis: Friedensforschung und Geschlechterverhältnis. Zur Begründung feministischer Fragestellungen in der kritischen Friedensforschung. Schriftenreihe Wissenschaft und Frieden, Marburg 1993.

JANSEN, Mechthild: Gleichstellungspolitik zwischen Anpassung an "den Mann" und Abbau patriarchaler Strukturen. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 39/1995. S. 71 - 78.

JANSEN, Mechthild: Gemeinsames Europa - friedensfähig oder patriarchal? In: Am Ende der Marginalisierung. Ausgewählte Beiträge des ersten Symposiums des Netzwerks Friedensforscherinnen. Hg. v. Regine Mehl. Bonn 1993. S. 6 - 20.

JANSEN, Mechthild: Friedensbewegung. In: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen. Heft 3/92. S. 97 - 104.

JANSEN, Mechthild: Perspektiven der Friedensbewegung. In: Friedensforschung - Eine Handlungsorientierung zwischen Politik und Wissenschaft. Hg. v. Ulrike C. Wasmuht. Darmstadt 1991. S. 284 - 296.

JANSEN, Mechthild: Frauenfriedenskampf. In: Sozialistische Politik und Wirtschaft 19/1983. S. 172 - 175.

JANSEN, Mechthild: Not läßt sich ausbeuten und Karriere trübt den Verstand. Frieden und Emanzipation sind Schwestern. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1983. S. 17 - 28.

GALTUNG, Johann: Strukturelle Gewalt. Reinbek f. HH.1982 (1975).

KRELL, Gert / WÖLTE, Sonja: Gewalt gegen Frauen und Menschenrechte. HSFK-Report 2/1995. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Frankfurt 1995.

SEIFERT, Ruth: Die militärische Konstruktion von Männlichkeit. In: Tagungsband der Friedrich-Naumann-Stiftung "Stahlhelm, Blauhelm oder Papierhelm - Streitkräfte und Funktionswandel". Gummersbach 1993.

WASMUHT, Ulrike: Wissenschaftstheoretische Überlegungen zu feministischen Ansätzen in der Friedensforschung. In: Am Ende der Marginalisierung. Ausgewählte Beiträge des ersten Symposiums des Netzwerks Friedensforscherinnen. Hg. v. Regine Mehl. Bonn 1993. S. 21 - 31.